

Ein NATO-Raketenabwehrschild in Europa: Ambitioniertes Abrüstungsprojekt oder Auslöser eines neuen Rüstungswettlaufs?

Velina Tchakarova

Beim NATO-Gipfel im November 2010 einigten sich die Mitgliedstaaten der Allianz und Russland darauf, bei der Stationierung einer Raketenabwehr der NATO in Europa zusammenzuarbeiten. Russland fordert in diesem Zusammenhang rechtlich bindende Garantien, dass ein solches System das strategisch-nukleare Gleichgewicht zwischen Russland und der NATO nicht beeinträchtigen soll. Während Russland gleichberechtigt involviert sein will, strebt die NATO die Errichtung von zwei separaten Abwehrschirmen an. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach den politischen Implikationen dieses ambitionierten NATO-Projekts und der potentiellen Gefahr eines neuen nuklearen Wettrüstens.

Historischer Hintergrund

Die Pläne der USA über ein Raketenabwehrsystem reichen in die Zeit des Kalten Krieges zurück. In den 1960er Jahren verkündeten die USA ihr Vorhaben, ihre Atomwaffen gegen Raketenangriffe schützen zu wollen. Hierbei wurde zwischen strategischen Defensiv- und Offensivwaffen unterschieden. Anfang der 1970er Jahre unterschrieben die USA und die Sowjetunion den Strategic Arms Limitation Talks (SALT)-I zur Begrenzung dieser Waffen und bis zum Ende des Jahrzehnts wurde der Prozess zur Verringerung von Defensiv- und Offensivwaffen im Rahmen der SALT-I/II-Verträge vorangetrieben. Mit dem Anti-Ballistic Missiles (ABM)-Vertrag verpflichteten sich die USA und die Sowjetunion, keine landesweiten Verteidigungssysteme gegen ballistische Raketen aufzubauen. Der ABM-Vertrag begrenzte

die Entwicklung und den Einsatz von erlaubter strategischer Raketenverteidigung, d.h. jedem Vertragspartner waren nur zwei lokal begrenzte Raketenabwehranlagen erlaubt.

In den 1980er Jahren wurde die sogenannte „Star-Wars“ Initiative diskutiert, die die Stationierung eines Raketenabwehrsystems im Weltall vorsah. Die Sowjetunion war zu jener Zeit strikt gegen die Stationierung von Teilen eines weltraumbasierten Raketenabwehrsystems. Während in den Folgejahren Fortschritte im Bereich der Reduzierung von Offensivwaffen verzeichnet wurden, bot das Thema einer Raketenabwehr (Defensivwaffen) in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen weiterhin Anlass zu Kontroversen. 1987 unterzeichneten die USA und die Sowjetunion im Sinne der Entspannungspolitik den Intermediate Range Nuclear Forces (INF)-Vertrag über die Vernichtung aller nuklearen Mittelstreckensysteme mit mittlerer und kürzerer Reichweite von 500 bis 5500 Kilometer. Im Juli 1991 führten die Strategic Arms Reduction Treaty (START)-Verhandlungen zur Unterzeichnung des START-I-Vertrags, der jedoch erst 1994 in Kraft trat. Dieses Abkommen regelte die Reduzierung von Trägersystemen und von Nukleargefechtsköpfen. Auch für die Atomsprengköpfe auf Interkontinentalraketen (Intercontinental Ballistic Missile, ICBM) und U-Boot-gestützten ballistischen Raketen (Submarine Launched Ballistic Missile, SLBM) wurde ebenso eine Obergrenze festgesetzt. Parallel dazu liefen die Verhandlungen über den START-II-Vertrag zur Deaktivierung aller landgestützten Interkontinentalraketen mit Mehrfach-

sprengköpfen (Multiple Independently targetable Re-entry Vehicle, MIRV). Der START-II-Vertrag war 1993 von den USA und Russland unterzeichnet worden und trat 1996 in den USA in Kraft. Die russische Duma ratifizierte den START-II-Vertrag, aufgrund des Militäreinsatzes der NATO in Kosovo und der NATO-Osterweiterungspolitik, erst im Jahr 2000.

Anfang der 1990er Jahre wurde der START-Verhandlungsprozess vom ABM-Vertrag entkoppelt, weil die USA und die Sowjetunion unterschiedliche Ziele verfolgten. Die Sowjetunion wollte die Umsetzung der START-Vereinbarungen weiterhin an den ABM-Vertrag knüpfen. Die USA hingegen verfolgten das Ziel, die taktischen Atomwaffen abzubauen und gleichzeitig ihre Pläne über eine Raketenabwehr zu forcieren. Ende 1991 wurde das Raketenabwehrgesetz vom US-Präsidenten George Bush unterzeichnet. Es setzte den Aufbau eines Raketenabwehrsystems in Anlehnung an den ABM-Vertrag fest. Die Konsultationen über eine Zusammenarbeit zwischen den USA und dem Nachfolger der Sowjetunion Russland dauerten im Bereich der Raketenabwehr im darauffolgenden Jahr weiter an. Nach der Präsidentschaftswahl in den USA 1993 unterstrich der neue amerikanische Präsident Bill Clinton die Absicht der USA, am ABM-Vertrag festzuhalten. In Zusammenhang damit stand die Ankündigung des amerikanischen Interesses an dem Raketenabwehrsystem für das Gefechtsfeld. Dieses Interesse teilte auch Russland. Sowohl die USA wie auch Russland waren mit der Abgrenzung vom ABM-Vertrag und dem Abwehrsystem für das Gefechtsfeld einverstanden, und dies führte zu

einer entsprechenden gemeinsamen vertraglichen Festlegung mit der Ukraine, Kasachstan und Belarus. Laut dem 1997 im US-Senat zur Abstimmung vorgelegten Raketenabwehrgesetz war die Errichtung eines Raketenabwehrschildes bis 2003 vorgesehen. 1999 begannen schließlich die Verhandlungen über den START-III-Vertrag und die Zukunft des ABM-Vertrags.

Allerdings nahmen die USA zu Beginn des neuen Jahrhunderts unter Präsident George W. Bush einen drastischen Kurswechsel in der Außen- und Sicherheitspolitik vor, was sich unmittelbar negativ auf den START-III-Verhandlungsprozess und den ABM-Vertrag auswirkte. Der erste entscheidende Schritt fand 2002 mit dem Austritt der USA aus dem ABM-Vertrag statt, woraufhin Russland mit dem Rückzug aus dem START-II-Vertrag drohte. Dies hatte zur Folge, dass der START-II-Vertrag trotz der Ratifizierung nicht in Kraft trat. 2002 wurde er durch den Strategic Offensive Reductions Treaty (SORT)-Vertrag abgelöst, welcher nun die Mehrfachsprengköpfe (MIRV) nicht mehr verbot. Im Unterschied zum START-II-Vertrag regelte der SORT-Vertrag nicht die Reduzierung der Trägersysteme, sondern nur die einsatzbereite Sprengköpfe.

Erst 2009 wurde in Folge des Präsidentenwechsels von George W. Bush zu Barack Obama ein „Reset“ in den START-Verhandlungen möglich. Parallel dazu begann Präsident Obama seine Initiative über weltweite Nuklearsicherheit (Global Zero). Im März 2010 erklärten der russische Präsident und der amerikanische Präsident die Bereitschaft beider Staaten zur weiteren Reduzierung der Anzahl von Nuklearwaffen und zur Begrenzung der strategischen Offensivwaffen. Im April 2010 wurde der neue START-III-Vertrag mit einer Laufzeit bis 2020 unterzeichnet. Dieser Vertrag trat 2011 in Kraft und er regelt für die sieben Folgejahre die Reduzierung der Anzahl der Sprengköpfe von 2200 auf je 1550, und jener der Trägersysteme von 1600 auf 800.

Das ambitionierte US-Projekt einer Raketenabwehr in Europa

Vor dem Hintergrund des strategischen nuklearen Gleichgewichts zwischen den USA und der Sowjetunion, welches aufgrund der wechselseitig zugesicherten Zerstörung (Mutual Assured Destruction, MAD) während des Kalten Krieges als „Gleichgewicht des Schreckens“ bekannt war, wird seit 2002 ein Paradigmenwechsel in der amerikanischen Sicherheitspolitik beobachtet und dies kam durch den Rückzug der USA aus dem ABM-Vertrag endgültig zum Vorschein. Die Idee eines Raketenabwehrsystems wurde nach 2002 vor allem mit Blick auf sogenannte Schurkenstaaten (wie Iran und Nordkorea) von den USA deutlich forciert, um diese Staaten von der Entwicklung von Nuklearwaffen abzuhalten. Die ursprüngliche Idee des Raketenabwehrschildes stammt aus dem NATO-Programm Active Layered Theatre Ballistic Missile Defence (ALTBMD), welches der Nordatlantikkart zur Raketenabwehr in Europa bis zu einer Reichweite von 3000 km im September 2005 beschlossen hatte. Unter US-Präsident George W. Bush wollten die USA den Raketenabwehrschild in Osteuropa (in Polen und Tschechien) errichten. Für Russland bedeutete dieses Projekt angesichts der fortschreitenden NATO-Erweiterung im Baltikum und Zentral- und Osteuropa eine weitere schwerwiegende Bedrohung der eigenen unmittelbaren Sicherheitsinteressen. Mit dem Präsidentenwechsel 2009 modifizierten die USA dieses Programm, indem nun die Stationierung mobiler Abwehrsysteme statt ortsfester Elemente favorisiert wurde. Außerdem wurde die Idee von der russischen Beteiligung an dem amerikanischen Projekt eines Raketenabwehrsystems wiederbelebt. Russland eignete sich aufgrund seiner strategisch-geografischen Lage, seiner militärisch-technischen Möglichkeiten und des Besitzes von Nuklearwaffen als ein wesentlicher Bestandteil für den Aufbau des Raketenabwehrsystems in Europa.

Beim NATO-Gipfeltreffen in Lissabon wurde im November 2010 festgelegt, dass die USA ein umfassendes Raketenabwehrsystem

tem auf dem europäischen Territorium der NATO-Mitglieder als Schutzschild gegen feindliche ballistische Raketen in vier Phasen bis 2020 aufbauen werden. Russland war zu diesem NATO-Gipfel eingeladen und gab, unter der Bedingung einer gleichberechtigten Beteiligung, grünes Licht für die Aufstellung der europäischen Raketenabwehr. Im Rahmen des NATO-Gipfels diskutierten die NATO-Mitglieder und Russland die Zuordnung des Irans als potentieller Angreifer, gegen den das Raketenabwehrsystem gerichtet sein soll. Letztendlich fand dieser Verweis keinen Eingang in die offizielle Gipfelerklärung.

Kernstück des Raketenabwehrschildes der NATO soll das land- und seegestützte Warn- und Feuerleitsystem Aegis sein, das zum Abfangen gegnerischer ballistischer Raketen bis zu einer Reichweite von 5000 km geeignet ist. Im Zuge des Aufbaus der Raketenabwehr wird die NATO überprüfen, welche nuklearen und konventionellen Waffen sie noch brauchen wird. Die NATO hat bereits die ersten praktischen Schritte in Richtung des Aufbaus des amerikanischen Raketenabwehrschildes getan und dem System sind in Europa bislang die Türkei, Polen, Rumänien und Spanien offiziell beigetreten. Am 13. September 2011 unterschrieben Rumänien und die USA ein Regierungsabkommen, welches die Stationierung bodengestützter Abfangraketen SM-3 und des Systems Iges im ehemaligen Luftstützpunkt Deveselu regelt. Einige Tage später stimmte die Türkei dem Bau einer Radar-Frühwarnstation vom Typ AN/TPY-2 auf ihrem Territorium zu. So haben sich beide Länder, neben Polen, an die Errichtung des europäischen Abwehrsystems der NATO angeschlossen. Polen und die USA hatten bereits 2008 einen Raketenabwehrvertrag unterschrieben, der Mitte September 2011 in Kraft trat und der die Aufstellung der Abfangraketen in Polen bis 2013 festlegte. Letztendlich wurde der Termin zur Aufstellung der Raketen bis 2018 verlängert, weil eine neue und größere Rakete vom Typ SM-3 Block IIB getestet und in der letzten Phase des Plans bis 2020 stationiert werden soll. Spanien hat der Stationierung von Teilen des Raketenabwehrschildes in der Hafenstadt Rota

zugestimmt, da dieser Ort aufgrund seiner geostrategischen Lage, die einen leichten und schnellen Zugang zum Atlantik und zugleich zum Mittelmeer durch Gibraltar bietet, für die Stationierung von vier amerikanischen Zerstörern mit dem Aegis System besonders geeignet ist (und in Rota hat die amerikanische Marine bereits einen Stützpunkt). Holland gilt vermeintlich als das nächste europäische Land, das dem Raketenabwehrschild der NATO eventuell beitreten könnte.

Die russischen Vorwürfe

Russland und die NATO-Mitglieder hatten sich, wie erwähnt, im Jahr 2010 darauf geeinigt, bei der Stationierung des amerikanischen Raketenabwehrsystems in Europa zusammenzuarbeiten. Allerdings belastet das amerikanische Projekt die sicherheitspolitischen Beziehungen zwischen Russland und den USA beziehungsweise zwischen Russland und der NATO. Russland besteht auf dem Ausbau eines einheitlichen europäischen Raketenabwehrsystems, das auch Russland auf gleichberechtigter Basis miteinschließt. Aus russischer Perspektive kann die Sicherheit Russlands nur durch ein gemeinsames Raketenabwehrsystem mit gleicher Teilhabe gewährleistet werden. Die USA hingegen verfolgen das Ziel der Stationierung von zwei separaten Raketenabwehrsystemen. Zwar wird von den USA unterstrichen, dass der Raketenabwehrschild der NATO gegen den Iran und nicht gegen die Sicherheitsinteressen Russlands gerichtet sei, doch der größte Schwachpunkt an dem amerikanischen Projekt ergibt sich aus den fehlenden rechtlich verbindlichen Sicherheitsgarantien für die russischen Sicherheitsinteressen. In der russischen Perzeption bedeutet dies, dass Russlands strategisch-nukleares Abschreckungspotential durch den NATO-Raketenabwehrschild bedroht werde.

Darüber hinaus fordert Russland auch wirksam bindende Maßnahmen zur Schaffung von mehr Transparenz, Vorausschaubarkeit und Vertrauen zwischen Russland und den NATO-Mitgliedstaaten mit Blick auf die Errichtung des europäischen

Raketenabwehrschildes der NATO. Russland wirft den USA des Weiteren vor, Teile des Raketenabwehrsystems zu nahe an der russischen Grenze installieren zu wollen. So könnten modifizierte Abfangraketen, die von Militärstützpunkten in Polen abgeschossen werden, aufgrund ihrer Flughöhe und Reichweite das russische Territorium treffen. Russland geht es primär darum, dass sein strategisches Nuklearpotential durch die Installierung der Raketenabwehr der NATO in Europa nicht bedroht oder in ein Ungleichgewicht gebracht werden könnte. Auch bestehen russische Befürchtungen dahingehend, dass Teile des Raketenabwehrsystems der NATO im Schwarzen Meer, der Barents- oder der Nord- und Ostsee stationiert werden könnten und sich somit auch bedrohlich nahe an den russischen Grenzen befinden würden. Solange es keine rechtlich verbindlichen Garantien für Russland gibt, dass der Raketenabwehrschild nicht gegen Russland gerichtet sei, sind die Chancen für eine Kompromisslösung mit den USA eher gering.

Infolge der stockenden Verhandlungen droht Russland den USA und den NATO-Mitgliedstaaten mit militärtechnischen Gegenmaßnahmen gegenüber dem geplanten Raketenabwehrsystem. In diesem Zusammenhang verkündete Russland im November 2011 die Mobilisierung seiner Streitkräfte. In seiner Rede an das russische Volk stellte der russische Präsident Medwedew fünf zu ergreifende Gegenmaßnahmen vor, sollten die russischen Interessen bei den Verhandlungen mit den USA über die Aufstellung der Raketenabwehr der NATO in Europa weiterhin vernachlässigt bleiben. Medwedew ordnete (1) die Installierung einer Radarstation als Raketenfrühwarnsystem in der russischen Enklave Kaliningrad an. Des Weiteren (2) kündigte er die intensive Förderung der Luft- und Weltraumverteidigung an, denn der Schutz der russischen Nuklearwaffen soll als höchste Priorität gelten. Medwedew kündigte (3) auch das Vorhaben an, die russischen ICBM und SLBM mit modernen und hocheffektiven Sprengköpfen zu bestücken und die russische Raketenabwehr modernisieren zu lassen. Darüber

hinaus (4) beauftragte er die russischen Streitkräfte, bei Bedarf Raketenabwehrsystemdaten und Steuerungssysteme der NATO auszuschalten. Abschließend (5) verkündete Medwedew, dass Russland Offensivwaffensystem im Westen und im Süden des Landes installieren werde, wenn Notwendigkeit bestünde. Ein Beispiel dafür wäre die Stationierung von Raketen des Typs Iskander in der Region um Kaliningrad. Diese letzte Maßnahme soll die US-Raketenabwehr in Europa bei Bedarf neutralisieren und sogar ausschalten. Der erste konkrete Schritt in diese Richtung war die Aufstellung eines Radars in Kaliningrad in Dezember 2011. Zwar unterstrich der russische Präsident, dass eine solche Entwicklung unerwünscht sei, aber der fehlende Konsens und die gegenwärtig ergebnislosen Bemühungen erschweren die Fortsetzung des Dialogs zwischen der NATO und Russland. Die Fortführung der bislang erfolglosen bilateralen Gespräche wurde auf den nächsten NATO-Gipfel in Chicago im Mai 2012 verlegt.

Mögliche Szenarien für die Zukunft

Aus kurz- bzw. mittelfristiger sicherheitspolitischer Perspektive ist die Frage nach der Errichtung eines Raketenabwehrsystems der NATO in Europa von höchster Relevanz für die russisch-amerikanischen Beziehungen, das globale strategische Gleichgewicht und die Zukunft einer wirksamen nuklearen Abschreckung. Wie das Raketenabwehrsystem der NATO in Europa die internationalen Beziehungen in nächster Zukunft prägen wird, ist noch schwer vorauszusehen. Die Erwartungen und die sicherheitspolitischen Ansätze der beiden Akteure weichen stark voneinander ab. Russland will kein passiver Beobachter bei der Installierung des Raketenabwehrsystems bleiben, und die USA wollen Russland keine allzu aktive Rolle beim amerikanischen Projekt gewähren. Die ohnehin schleppend vorangehenden Verhandlungen sind in eine Sackgasse geraten.

Die Gegensätze zwischen den USA und Russland wegen des Raketenabwehrsystems der NATO in Europa werden

wiederum durch die aktuellen sicherheitspolitischen Entwicklungen in Bezug auf Irans Atomprogramm verstärkt. Die Sanktionsmaßnahmen von Seiten der internationalen Gemeinschaft sind allmählich erschöpft und die ergriffenen Gegenmaßnahmen Großbritanniens, Israels und der USA deuten auf eine Eskalation der Iran-Krise hin. Russland spricht sich weiterhin für eine diplomatische Lösung der Iran Krise im Rahmen der Sechser-Vermittlungsgruppe (China, Russland, USA, Frankreich, Großbritannien und Deutschland) aus. Das Eskalationspotenzial der Irankrise wird von vielen Beobachtern als hoch eingeschätzt und es kann in einer kurz- und mittelfristigen Perspektive nicht mit absoluter Gewissheit ausgeschlossen werden, dass die diplomatische Krise zu einer militärischen Auseinandersetzung mit dem Iran führen könnte. In diesem Zusammenhang könnte der Aufbau der Raketenabwehr der NATO in Europa einen negativen Effekt haben.

Aus heutiger Sicht kann angenommen werden, dass die europäische Raketenabwehr der NATO höchstwahrscheinlich ohne russische Beteiligung aufgebaut wird. Ein solches Abwehrsystem könnte allerdings als eine Vorbereitungsmaßnahme für einen Angriff auf den Iran interpretiert werden. Diese Befürchtung wird vor allem von Russland geäußert, aber auch China zeigt sich verstärkt besorgt. Eine unerwünschte Entwicklung wäre, wenn der Iran, Russland und China sich gezwungen sehen würden, einen gemeinsamen Raketenabwehrschild als Gegengewicht gegen die Raketenabwehr der NATO in Europa zu errichten. In Russland und in China finden sich Stimmen die dahingehend argumentieren, dass die USA die Errichtung einer Raketenabwehr gegen potentielle feindliche Raketen aus dem Iran nur als Vorwand nutzen, um ein wirksames Raketenabwehrsystem gegen Russland und China zu installieren. Es scheint unumstritten, dass die USA ihre geopolitischen Sicherheitsinteressen mit Blick auf China als aufsteigende Weltmacht nach Asien verlegen. In diesem Zusammenhang könnte eine Verbindung des in der Türkei installierten Frühwarnradarsystems, welches ein Teil des Raketenabwehr-

systems der NATO ist, mit in Südkorea und Taiwan zu installierenden Elementen zu einem quasi globalen Raketenabwehrsystem führen. Dies wiederum würde China dazu veranlassen, über mögliche Gegenmaßnahmen nachzudenken und neue Verbündete zu suchen. In einer derartigen Konstellation könnte der Iran einer eventuellen sicherheitsstrategischen Allianz zwischen China und Russland beitreten.

Politische Implikationen für die EU

Grundsätzlich bleibt noch unklar, ob das Projekt der NATO-Raketenabwehr in Europa technisch ausführbar ist. Sicher ist jedoch, dass die Mitgliedstaaten der EU hinsichtlich des sicherheitspolitischen Dialogs zwischen den USA und Russland keine wesentliche Rolle spielen. Dies mag nicht in ihrem Interesse sein, da das Raketenabwehrsystem auf europäischem Territorium installiert wird und somit zur Konfrontation zwischen der EU und Russland wie auch der EU und dem Iran beitragen und insgesamt betrachtet zu einer Destabilisierung des alten Kontinents führen könnte. Jedoch interpretiert die EU den Aufbau eines gemeinsamen Raketenabwehrsystems in Europa nicht als Zukunftsfrage von globalpolitischer Relevanz, sondern als bilaterales sicherheitspolitisches Problem zwischen Russland und den USA. Das Nichtzustandekommen einer Einigung zwischen Russland und den USA, könnte Russland zur erneuten Aufrüstung statt zur Abrüstung provozieren. Hilfreich erschiene es, nach einer von allen beteiligten Akteuren akzeptierten Lösung des Problems zu suchen, denn noch sind zwischen den USA und Russland nicht alle Wege in Richtung von Kooperation und Vertrauensbildung blockiert. Beide Partner zeigen nach wie vor Bereitschaft zum Dialog, wenngleich nicht zu Kompromissen, was wiederum auf die mangelhafte sicherheitspolitische Kommunikation und Zusammenarbeit zurückzuführen ist.

Insgesamt betrachtet bleibt es fraglich, ob das amerikanische Projekt einer Raketenabwehr die nukleare Abrüstung fördern oder doch verhindern würde. Einige Mitgliedstaaten der EU, so beispielsweise

Deutschland, sehen keinen Widerspruch zwischen der Raketenabwehr und der nuklearen Abrüstung. In anderen EU-Ländern, wie beispielsweise Frankreich, wird vor einer neuen Spirale des Wettrüstens gewarnt.

Es erscheint wichtig, dass die Umsetzung der START-III-Vereinbarung parallel zu dem Aufbau des Raketenabwehrschildes vorangetrieben wird. Die USA und Russland könnten sich im Rahmen der START-III-Vereinbarungen auf geeignete Maßnahmen zu wirksamer Vertrauensbildung und mehr Transparenz einigen und dadurch die potentielle Gefahr eines neuen nuklearen Wettrüstens deutlich reduzieren. Diese Entwicklung würde sich positiv auf den Konsultationsprozess zwischen den USA und Russland bezüglich der Stationierung des europäischen Raketenabwehrschildes der NATO auswirken. Umgekehrt könnte im Fall einer fehlenden Einigung zwischen der NATO und Russland ein möglicher Rückzug Russlands aus dem START-III-Vertrag ein neues nukleares Wettrüsten auslösen.

Velina Tchakarova ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am AIES.

© Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik, 2011

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck oder vergleichbare Verwendungen von Arbeiten des Austria Instituts für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES) sind auch in Auszügen nur mit vorheriger Genehmigung gestattet. Die im AIES-Fokus veröffentlichten Beiträge geben ausschließlich die Meinung der jeweiligen Autorinnen und Autoren wieder.

Schlossgasse 6
A-2344 Maria Enzersdorf
Tel. +43 (0)2236 411 96
Fax. +43 (0)2236 411 96-9
E-Mail: office@aies.at
www.aies.at

Layout: EGENCY Medienbüro Patrick Meyer